

## Antrag D1: Schluss mit der Kriminalisierung von Cannabis-Konsumenten!

<b>Antragsteller*in:</b>	Kreisverband Altenburger Land, Frank Tempel
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragsblock:</b>	Dringlichkeitsanträge
<b>Abstimmung</b>	Ja: Mehrheit Nein: 0 Enthaltung: 0

- 1 Seit vielen Jahren kämpft die LINKE für eine Neuausrichtung der Drogenpolitik in der  
2 Bundesrepublik Deutschland. Statt dem bisherigen Fokus auf Strafverfolgung,  
3 Stigmatisierung und Ausgrenzung von Konsumenten bisher als illegal eingestufte  
4 Drogen zu folgen, sind wir davon überzeugt, dass ein modernerer auf Aufklärung und  
5 Prävention setzender gesundheitspolitischer Ansatz der einzig richtige Weg ist.
- 6 Der Bundestag hat nun nach langem zähen Ringen ein Cannabisgesetz beschlossen, dass  
7 zumindest ein Schritt in die richtige Richtung darstellt. Zumindest der Besitz und  
8 der Anbau von Cannabis soll nun endlich nicht mehr als kriminelles Verhalten gelten.  
9 Bei aller berechtigter Kritik an einer richtig schlecht organisierten Amnestie-  
10 Lösung, viel zu wenigen wegweisenden Präventionsschritten und einer  
11 Teillegalisierung, die nicht ausreichen wird, um einen Schwarzmarkt mit Cannabis  
12 wirklich zu beenden, ist sich die Linke Thüringen sehr sicher:
- 13 Dieses Cannabisgesetz muss Realität werden und darf im Bundesrat nicht blockiert  
14 werden! Ab 1. April 2024 muss die staatliche Jagd auf Cannabiskonsumenten Geschichte  
15 sein.
- 16 Wir fordern deshalb:
- 17 1. Anträgen wie die Anrufung eines Vermittlungsausschusses im Bundesrat mit dem  
18 Ziel, die Rechtswirksamkeit des Gesetzes zu verschieben oder ganz zu verhindern  
19 darf nicht zugestimmt werden.
  - 20 2. Das Bundesgesundheitsministerium muss der berechtigten Kritik der Länder z.B.  
21 bei der Amnestieregelung Rechnung tragen und ein Änderungsgesetz vorlegen.
  - 22 3. Dem Cannabisgesetz müssen konsequente Präventionsmaßnahmen insbesondere im  
23 Kinder- und Jugendschutz, aber auch im Gesundheits- und Verbraucherschutz  
24 folgen.

### Begründung

Die LINKE hat lange für einen solchen Schritt gekämpft. Auch die Linke Thüringen hat mit vielen wichtigen Schritten mit ihrer Regierungsbeteiligung zu diesem Kampf beigetragen – nicht zuletzt auch mit klaren Anträgen im Bundesrat. Jetzt, wo versucht wird, dass Gesetz über den Bundesrat auszuhebeln, dürfen wir nicht Schweigen. Wir werden zeigen, dass man sich auf die LINKE verlassen kann, wenn es darum geht, das Richtige zu machen.

#### Begründung der Dringlichkeit:

Das Cannabisgesetz ist zum jetzigen Zeitpunkt im Bundestag beschlossen. Die entsprechende Entscheidung über eine eventuelle Bestellung eines Vermittlungsausschusses steht im Bundesrat am 22.03.2024 an.